

**Niederschrift über die
24. Sitzung des Kreisausschusses (10. Wahlzeit) des Landkreises Trier-
Saarburg am 25.04.2016 im Sitzungssaal der Kreisverwaltung in Trier
(öffentlicher Teil).**

Beginn: **17:06** Uhr

Ende: **20:28** Uhr

Anwesenheit

Vorsitz

Herr Kreisbeigeordneter Arnold Schmitt

Mitglieder

Herr Alexander Bohr

Vertretung für Frau Jutta Roth-Laudor
bis 20:18 Uhr (TOP 7)

Herr Bernhard Busch

ab 17:33 Uhr (TOP 1), bis 20:20 Uhr
(TOP 10)

Herr Hartmut Heck

Herr Bernhard Henter

Herr Norbert Jungblut

Herr Dieter Klever

Vertretung für Herrn Matthias Daleiden

Herr Sascha Kohlmann

Herr Alfons Maximini

Frau Sabina Quijano Burchardt

Frau Ingeborg Sahler-Fesel

Herr Wolfgang Schäfer

Frau Kathrin Schlöder

Herr Dr. Karl-Georg Schroll

Herr Markus Thul

mit beratender Stimme

Frau Kreisbeigeordnete Stephanie Nickels

Herr Kreisbeigeordneter Helmut Reis

Verwaltung

Herr Joachim Christmann

Leiter des Geschäftsbereichs II

Herr Christoph Fuchs

Büroleiter

Herr Rüdiger Jacob

Universität Trier (zu TOP 1)

Herr Dr. Johannes Kopp

Universität Trier (zu TOP 1)

Herr Dr. Harald Michels

Leiter der Abteilung 9 - Gesundheitsamt
(zu TOP 1)

Herr Thomas Müller

Pressestelle (TOP 1 - TOP 3)

Herr Rolf Rauland

Leiter des Geschäftsbereichs I

Herr Stephan Schmitz-Wenzel

Leiter des Geschäftsbereichs III

Frau Cornelia Strupp

Abteilung 11 - Kreisentwicklung, Bauen
und Umwelt (zu TOP 1 - TOP 2)

Gäste

Herr Arist Hartjes

Geschäftsführer der Kreiskrankenhaus
St. Franziskus Saarburg GmbH

Herr David Meiländer
Herr Uwe Roßmann

(zu TOP 1)
SWR (TOP 1 - TOP 3)
Mitglied des Kreistages (zu TOP 1)

nicht anwesend:

Vorsitz

Herr Landrat Günther Scharz entschuldigt

Mitglieder

Herr Matthias Daleiden entschuldigt

Frau Jutta Roth-Laudor entschuldigt

Zur Geschäftsordnung

Der Erste Kreisbeigeordnete **Schmitt** (CDU), in Vertretung für Herrn Landrat Scharz, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreisausschusses und die Gäste. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest.

Änderungen zur Tagesordnung werden nicht beantragt. Sie wird daher wie folgt abgewickelt:

Tagesordnung:

1. **Projekt MORO - Versorgungsregion Hochwald-Saar; Abschlussbericht**
Vorlage: 0015/2016
2. **Stellungnahme des Landkreises zum Bundesverkehrswegeplan**
Vorlage: 0137/2016
3. **Informationen und Anfragen**

1. Projekt MORO - Versorgungsregion Hochwald-Saar; Abschlussbericht; Vorlage: 0015/2016

Protokoll:

Der Vorsitzende **Schmitt** begrüßt die Gäste und informiert eingangs über die Entstehung des Projektes MORO und dessen Notwendigkeit.

Die Langfassung des Abschlussberichtes zum Projekt „MORO – Versorgungsregion Hochwald-Saar“ befinde sich derzeit im Druck und werde den Kreistagsmitgliedern in einer folgenden Sitzung zur Verfügung gestellt.

Nachfolgend berichten **Prof. Dr. Jacob** und **Prof. Dr. Kopp** über den Anlass des Projektes, die institutionellen Rahmenbedingungen der Versorgung, Wünsche – Bewertungen- Erwartungen und die Empfehlungen und Ergebnisse anhand einer Präsentation (Anlage 1).

Abteilungsleiter **Dr. Michels** merkt im Rahmen der Präsentation an, dass es problematisch sei, dass die Kassenärztliche Vereinigung bei der Betrachtung der Versorgung je Region das Alter der Ärzte als zusätzliches Kriterium nicht berücksichtige.

Auf Rückfrage des Fraktionsvorsitzenden **Henter** (CDU) bzgl. der Einkommensvorstellungen der Ärzte und Ärztinnen in Bezug auf den medizinischen Nachwuchs informiert **Prof. Dr. Jacob**, dass im Rahmen einer Studentenbefragung mitgeteilt worden sei, dass die Vorstellung für Ärztetätigkeit in einer selbstständigen Niederlassung bei rd. 6.000 Euro (netto) und für eine Anstellung in einem Angestelltenverhältnis bei rd. 5.000 Euro (netto) liege. Auffällig sei der deutliche Unterschied der Vorstellungen von Frauen und Männern, da Frauen tendenziell geringere Lohnvorstellungen zeigten.

Der **Vorsitzende** zitiert im Rahmen der Empfehlung der Präsentation hinsichtlich der Rolle der Verwaltung, dass ein MVZ in kommunaler Verantwortung nur als ein Ultima Ratio zu sehen sei.

Er bedankt sich für die Präsentation. Weiterhin schlägt er vor, den Fraktionen vor einer abschließenden Entscheidung zu diesem Thema die Möglichkeit zu geben, sich intern zu beraten.

Bezüglich der Rolle der Kommune merkt Kreisausschussmitglied **Dr. Schroll** (Piraten) an, dass er auf kommunaler Seite durchaus eine Veranlassung sehe, entsprechende Rahmenbedingungen mittels sog. weicher Faktoren als Anreize zur Niederlassung von jungen Ärztinnen und Ärzten zu schaffen. Dies könnten z. B. eine angemessene Schulversorgung, ein gutes ÖPNV-Angebot und/oder das Vorhandensein von kulturellen Einrichtungen sein. Das Umfeld sollte attraktiv gestaltet werden, auch im ländlichen Raum.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) greift den Vorschlag des Vorsitzenden auf, die Thematik nochmals innerhalb der Fraktionen zu beraten.

Auch Kreisausschussmitglied **Maximini** (SPD) spricht sich für eine fraktionsinterne Beratung aus.

Auf Rückfrage von Kreisausschussmitglied **Maximini** (SPD) geht **Prof. Dr. Jacob** auf die Sinnhaftigkeit von Medizinischen Versorgungszentren für die Allgemeinmedizin ein. Eine umfängliche fachärztliche Versorgung in der ländlichen Region durch Medizinische Versorgungszentren sei nicht realistisch. Das Vorhandensein einer hausärztlichen ambulanten Grundversorgung hingegen, sei möglich und auch sinnvoll. Der Patient und sein Krankheitsbild seien in der Praxis bekannt und gemeinsame Ärztekonzferenzen für den Genesungsfortschritt seien möglich.

Auf weitere Rückfrage informiert er, dass die Frage wie viele Privatpatienten in einem Versorgungsumfeld leben und als potenzielle Kunden für ein MVZ in Frage kommen würden, nicht nachzuvollziehen sei. Ob Privatpatient oder Kassenpatient habe wenig Einfluss auf regionale Ärztemängel.

Auf Rückfrage von Kreisausschussmitglied **Bohr** (CDU) informiert **Prof. Dr. Jacob** weiter, dass durchaus Schwierigkeiten bestehen würden, entsprechende Nachfolger für Praxen niedergelassener Ärzte zu finden. Rd. 50 % der Ärzte seien bereit, sich in einer Praxis niederzulassen, aber nur in einer größeren Einrichtung.

Kreisausschussmitglied **Schäfer** (SPD) zeigt sich den Ausführungen von Prof. Dr. Jacob gegenüber eher skeptisch und führt ein Beispiel von zwei niedergelassenen Ärzten in Schillingen an, die ihre Gemeinschaftspraxis zugunsten einer jeweils eigenen Praxis aufgegeben haben.

Prof. Dr Kopp nimmt die Ausführungen seines Vorredners zur Kenntnis, erklärt aber, dass es sich bei diesem Beispiel eher um einen Einzelfall handle. Die hier getroffenen Aussagen würden im Gesamtexemplar des Abschlussberichtes genauer mit Zahlenmaterial hinterlegt werden und daraus ginge deutlich hervor, dass die Ärzte in der Regel nicht eine eigene und alleinige Praxis anstreben würden. Die empirische Sozialforschung zeige das Gegenteil mit einem moderneren Praxisstreben in Gemeinschaftspraxen bis hin zum Arbeiten in Medizinischen Versorgungszentren.

Geschäftsbereichsleiter **Christmann** informiert über die Erfahrung im Rahmen des Projektes, welches für die Kreisverwaltung ein völlig neues Arbeitsfeld darstellte. In gemeinsamen Gesprächen und öffentlichen Terminen habe sich großes Interesse an diesem Thema gezeigt. Das weitere Ansinnen mit dem heutigen Beschlussvorschlag gehe damit einher, dass die Verwaltung vorsehe, die kommenden Wochen intensiv zu nutzen, um weitergehende Gespräche mit der Ärztekammer und anderen Institutionen zu führen. Zudem sei keine abschließende Beratung im Kreistag vorgesehen, wenn dies jedoch der Wunsch der Gremien sei, komme die Verwaltung dem gerne nach.

Der **Vorsitzende** schlägt nochmals vor, die Thematik erst in den Fraktionen und daraufhin abschließend in einer späteren Sitzung des Kreistages zu beraten.

Der **Kreisausschuss** äußert sich entsprechend des Vorschlages des Vorsitzenden und spricht sich im weiteren Verlauf ebenso für eine Beratung innerhalb der Fraktionen aus.

Beschluss:

Der **Kreisausschuss** nimmt die in der Sitzung mitgeteilten Informationen und die Informationen des Abschlussberichtes in Kurzform zur Kenntnis. Die Verwaltung solle sich weiterhin dem Thema annehmen und in den kommenden Wochen Gespräche führen. Außerdem spricht sich der Kreisausschuss dafür aus, zu einem späteren Zeitpunkt eine nochmalige Beratung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlosse

**2. Stellungnahme des Landkreises zum Bundesverkehrswegeplan
Vorlage: 0137/2016****Protokoll:**

Der **Vorsitzende** geht auf die Vorlage der Verwaltung ein und verweist auf den Beschlussvorschlag.

Fraktionsvorsitzende **Quijano Burchardt** (Bündnis 90/Die Grünen) informiert, dass sie dem vorliegenden Beschlussvorschlag nicht zustimmen könne. Dennoch habe sie wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass die Nordumfahrung nicht im Bundesverkehrswegeplan vorgesehen sei. Eine Neubetrachtung diesbezüglich halte sie für nicht angebracht.

Auch er werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen, so Kreisausschussmitglied **Dr. Schroll** (Piraten). Als Grund dafür gibt er an, dass mit der Vorlage und dem darin benannten Beschlussvorschlag unrealistische Wünsche verfolgt würden. Die problematische Verkehrssituation in der Stadt Trier werde beschrieben, aber keine Ursachen dafür würden benannt und/oder gar erforscht werden. Wäre der ÖPNV frühzeitiger entwickelt und zu einem guten Angebot ausgebaut worden, wären viele Probleme erst gar nicht entstanden.

Der Beschlussvorschlag, so wie seitens der Verwaltung formuliert, sei zutreffend und die CDU-Kreistagsfraktion werde zustimmen, so Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU).

Die Vorlage als Grundlage für die heutige Beratung sei erst in der vergangenen Woche zugegangen, so Fraktionsvorsitzende **Sahler-Fesel** (SPD). In der Vorlage werde die Aussage getroffen, dass der Entwurf des BVWP zu Unrecht von einem existierenden Planfeststellungsverfahren ausgehe, sei nach unserem Dafürhalten unbedenklich. Dem könne sie sich keineswegs anschließen. Insofern werde sie sich der Beschlussfassung enthalten.

Die FWG-Kreistagsfraktion werde dem Beschlussvorschlag in der vorgelegten Form zustimmen, so Kreisausschussmitglied **Schlöder** (FWG). Sie möchte ausdrücklich erwähnen, dass die kommunalen Gremien dazu an-

gehalten seien, Politik für die Bürger zu machen. Die Verkehrsbelastungen am Autobahndreieck Moseltal seien riesig und das nicht ausschließlich durch den Berufsverkehr verursacht, sondern auch durch LKW-Verkehr auf der Autobahn. Insbesondere die Gemeinden Schweich, Longuich und Kenn seien unverhältnismäßig stark von den Verkehren belastet.

Fraktionsvorsitzender **Busch** (FDP) schließt sich den Worten seiner Vorrednerin an. Der Lückenschluss der A 1 sei für unsere Wirtschaftsregion von großer Bedeutung und so sei auch die Nordumfahrung Trier von großer Bedeutung für das gesamte europäische Straßennetz. Er halte die Formulierungen in der Vorlage für völlig legitim.

Kreisausschussmitglied **Schäfer** (SPD) erklärt, dass auch er dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Das Stauproblem durch erhöhtes Verkehrsaufkommen müsse gelöst werden und er halte diese Stellungnahme für richtig für die Wirtschaft und die Region, denn die ausreichende Ausstattung mit Straßen sei wichtig für die Infrastruktur.

Der übergeordnete Verkehr habe seine Quellen in den Wohnorten rund um die Stadt Trier und die daraus entstehenden Probleme würden sich auf den Straßen bündeln, so Kreisausschussmitglied **Dr. Schroll** (Piraten).

Der **Vorsitzende** widerspricht der Wortmeldung seines Vorredners und erklärt, dass die Verkehre generell jährlich um rd. 10 % zunehmen würden und deshalb müsse auch der Straßenbau weiterentwickelt werden.

Der Autoverkehr sollte auch im Hinblick auf den Klimaschutz vermieden werden und Alternativen zum Individualverkehr müssten aufgezeigt werden, so Kreisausschussmitglied **Dr. Schroll** (Piraten). Diese Alternativen fehlten in der Stellungnahme.

Der Moselaufstieg sei planerisch in einer Sackgasse gelandet und die Kosten seien unrealistisch hoch, so Kreisausschussmitglied **Maximini** (SPD). Folgend verweist er auf alternative Möglichkeiten seitens der SPD. Auf Grund des Vorhandenseins von möglichen Alternativen werde er sich der Beschlussfassung enthalten.

Nachfolgend diskutieren Kreisausschussmitglied **Maximini** (SPD) und Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) über den Moselaufstieg, mögliche Ansätze zu Alternativen und über die leistungsfähigste Variante.

Abschließend fasst der **Kreisausschuss** den nachfolgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreisausschuss begrüßt die Aufnahme der Westumfahrung Trier und der Ortsumgehung Ayl in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans 2030.

Er fordert im Sinne einer vorausschauenden, bedarfsgerechten Verkehrsinfrastrukturplanung für den Raum Trier/Trier-Saarburg eine Überprüfung und Neubewertung des Projekts „Nordumfahrung Trier.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 11 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen

3. Informationen und Anfragen

Protokoll:

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer.

Über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird eine separate Niederschrift erstellt.

Der Vorsitzende:

Der Protokollführer:

(Arnold Schmitt, MdL)
Erster Kreisbeigeordneter

(Christine Inglen)
Kreisoberinspektorin